

Uebergangswirtschaft.

Ist es zu früh, schon daran zu denken, was nach dem Kriege zu tun sein wird? Der Friede ist allerdings noch nicht auf dem Marische, große militärische Ereignisse trennen uns noch von ihm. Aber in zahlreichen wirtschaftlichen Körperchaften hat man sich bereits eingehend mit der Frage der Uebergangswirtschaft zu den normalen Friedensverhältnissen beschäftigt, von der Ansicht ausgehend, daß man gar nicht früh genug mit den nötigen Vorbereitungen wenigstens in den Hauptumrissen zu beginnen hat. Die meisten Handelskammern und auch eine Deutscherischer Gewerbevereines haben diese Vorarbeiten zum Gegenstand und sind auch ziemlich einmütig in ihren Urtheilen. Im Frieden hat man nach einer alten Regel sich für eventuelle Kriege vorzubereiten. Im Kriege ist es ebenso notwendig, sich rechtzeitig für den Frieden vorzubereiten, denn ewig dauert ja gar kein Krieg. Unsere Volkswirtschaft, besonders die Industrie, hat es verstanden, sich dem Kriege vollständig anzupassen und eine Leistungsfähigkeit zu entwickeln, die ihr niemand zugezweifelt hätte. Diese schwierige, anfangs selbst den Optimisten kaum durchführbar erscheinende Aufgabe wurde mit einer Leichtigkeit gelöst, die zu den besten Hoffnungen auch in der Richtung berechtigt, daß die Rückbildung vom Kriegs- auf den Friedensstand ebenfalls auf keine unüberwindlichen Hindernisse stoßen wird. Aber automatisch kann sich der Uebergang der Volkswirtschaft vom Kriegs- auf den Friedensfuß nicht vollziehen, und damit eben mit möglichst geringer Hemmung die große Wandlung im wirtschaftlichen Leben vor sich gehen, sind die Vorarbeiten im Gange, die schon zu amtlichen Maßnahmen und zu beachtenswerten Vorschlägen geführt haben.

Was zu allererst nach Beendigung des Krieges durchzuführen sein wird, das ist der Rücktransport von Millionen Kriegern und ihre Rückkehr zur Friedensbeschäftigung. Das dies besondere Vorkehrungen erfordert, braucht nicht erst des näheren dargelegt zu werden. Die Eisenbahnen werden vor die schwierigste Aufgabe seit ihrem Bestande gestellt sein, denn es wird sich darum handeln, planmäßig die Demobilisierung zu bewerkstelligen und dabei doch diesen Riesenverkehr dergestalt zu bewältigen, daß die notwendigen Gütertransporte nicht darunter leiden. Weiter werden die zurückflutenden Massen zwar jeder in seinem Heimatsorte die für ihn bereitgehaltene Wohnstätte finden, aber natürlich wird dafür vorzusorgen sein, daß es auch an der Verpflegung nicht fehle. Diese Aufgabe wird freilich dadurch erleichtert werden, daß die Lebensmittelvorräte, die für dieselbe Mannschaft im Felde benötigt wurden, frei werden, so daß es sich eigentlich nur um eine Ortsveränderung dieser Vorräte

handeln wird, wobei natürlich auch den Eisenbahnen wieder eine wichtige Rolle zufällt. Der größte Teil der Heimkehrenden wird den ihnen reservierten Arbeitsplatz wiederfinden. Für die andern wird jedoch Arbeit erst gesucht werden müssen, und hoffentlich wird, da ja im Frieden so viel Zerstücktes wiederherzustellen und Unterlassenes nachzuholen ist, für jeden Arbeitsfähigen auch Arbeit erlangbar sein. Mit diesen Maßnahmen für die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft sind aber die Aufgaben, die ihr nach dem Kriege gestellt werden, noch lange nicht erschöpft. Die mannigfaltigsten Probleme werden sich da aufdrängen, für die es eigentlich kein Präzedenz gibt, denn der Weltkrieg hat nicht seinesgleichen in der Jahrtausende umfassenden Menschheitsgeschichte, noch kein Krieg wurde mit solchen Massen und auf so weiten Gebieten des Erdenrundes geführt. Die wirtschaftlichen Wirkungen greifen daher auch tiefer als je in einem Kriege, und auf Grund der hiebei gemachten Erfahrungen wird auch die Friedenswirtschaftspolitik gründliche Veränderungen erfahren.

Zu den allerdringendsten Aufgaben, die nach dem Kriege unbedingt ihre Lösung finden müssen, gehört der Abbau der Preise, der teilweise auch jetzt schon in Angriff genommen wird, besonders bei den für den Lebensunterhalt unentbehrlichen Gegenständen. Bis zu einem gewissen Grade werden die Preise natürlich von selbst zurückgehen, wenn die künstliche Nachfrage nachlassen und das Angebot sich steigern wird. Eine kontroverse Frage, bezüglich der die Meinungen und Vorschläge stark auseinandergehen, ist die der Rohstoffzufuhr nach dem Kriege. Die einen verlangen eine Einschränkung dieser Zufuhr im Interesse der notwendigen Wiederherstellung der durch den Krieg beeinträchtigten Baluta, andre dagegen erklären sich gegen jede Beschränkung von für die Industrie erforderlichen Rohstoffen. Bis es soweit gekommen sein wird, daß man ernstlich an den Import von Rohstoffen aus überseeischen Ländern denken kann, wird sich wohl auf Grund der dann sich ergebenden Sachlage erst beurteilen lassen, was in dieser Beziehung am nützlichsten vorzutreten sei. Im gegenwärtigen Zeitpunkt läßt sich noch nicht voraussagen, was bei Eintritt des Friedenszustandes dringlicher sein wird, die Herbeischaffung von Rohstoffen oder die weitere Besserung der Baluta, die schon bei den ersten Anzeichen des Friedens von selbst sich günstiger gestalten wird. Auch von dem Stande der dann wieder in Gang kommenden Ausfuhr wird es abhängen, in welchem Umfang man die Einfuhr zulassen kann. Natürlich werden die notwendigen Waren den Vorzug vor den weniger notwendigen haben, und auch die Frage des Schiffsraumes wird bei der Wiederaufnahme des Außenhandels mit den überseeischen Ländern zu den drängendsten gehören. Es würde uns zu weit führen, alle Probleme des Uebergangszustandes zur Friedenswirtschaft jetzt schon erschöpfend zu behandeln. Sie können, wie noch die Dinge stehen, zunächst nur theoretisch erörtert werden, immerhin erscheint es nicht überflüssig, jetzt schon Maßnahmen behufs zweckdienlicher Durchführung der Uebergangswirtschaft in Geltung zu setzen.

Die Großindustrie und die Uebergangswirtschaft.

In der vorgestern abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellen Klubs der Repräsentation der österreichischen Großindustrie kennzeichnete der Vorsitzende, Bergw. Ritter v. Gutmann, in markanter Weise die Stellung der Vereinigung zu den wichtigsten Fragen der Uebergangswirtschaft: Staatseinkauf und Besteuerung, in folgender Weise:

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erlaube ich mir, anknüpfend an die Diskussion der letzten Monatsversammlung, die diesbezügliche Stellungnahme unseres Ausschusses bekanntzugeben. Das großzügige Programm des Vortragenden betreffend die Reform der Organisation von industriellen Staatsbetrieben (Hofrat Dr. Ludwig Schüller hat in der vorigen Monatsversammlung des Industriellen Klubs gesprochen), insbesondere die Ausfuhrung über die Uebertragung von Vorzügen der Privatwirtschaft auf die Staatswirtschaft, fand die volle und gütliche Zustimmung des Ausschusses.

Singegen wurden schwerwiegende Bedenken erhoben gegen die Anregung der Beteiligung des Staates an dem Gewinne von Industriellen, beziehungsweise an ihren Verbänden, gegen Gewährung von Kompensationen, die in der Machtsphäre des Staates liegen. Der Vorschlag ist anscheinend verlockend, doch birgt er gewisse Gefahren, nicht nur, weil der allzu enge Zusammenschluß von fiskalischen und kapitalistischen Interessen leicht zu einem Gegensatz zu den Interessen des Konsums führt, sondern auch mit Bezug auf den industriellen Fortschritt, der nur durch äußerstes Anspannen aller technischen und kommerziellen Fähigkeiten und Arbeitskräfte auf Grund der in ihrem Wirtschaftsgebiete gegebenen Produktions- und Absatzbedingungen gedeihen kann, ohne künstliche Förderung, ohne Verletzung in eine Wettbewerbsatmosphäre.

Was nun die prinzipielle Seite der Frage anlangt, so haben wir im Industriellen Klub stets den Standpunkt vertreten, daß wir gegenüber andern Erwerbsgruppen keine außergewöhnlichen Begünstigungen in Form von Subventionen oder außerordentlichen Maßnahmen verlangen, sondern nur, daß die Freiheit unserer industriellen Betätigung nicht behindert werde durch legislative oder administrative Hemmnisse und Erschwernisse.

Es ist die Pflicht des Staates, weil es zum Wohl der Gesamtheit gereicht, alle Vorkehrungen zu treffen für das Gedeihen der Industrie, keineswegs durch Gewährung von Zugeständnissen oder Privilegien, die zu bezahlen wären, sondern durch eine produktionsfördernde Zoll-, Eisenbahntarifs- und Handelspolitik, durch die Stabilisierung der innerpolitischen Verhältnisse, durch die unbedingte Sicherung der durch keine Verlängerungstendenzen zu schmälern Einheit des Wirtschaftsgebietes der Monarchie, durch eine entsprechende Vereinfachung und Verebilligung der innerpolitischen Verwaltung u. d. d. Nicht was uns die Macht bieten kann, verlangen wir, sondern nur unser gutes Recht, das uns kraft unserer Stellung im Staate und in der Volkswirtschaft gebührt.

Auf die Frage der Besteuerung übergehend, bemerkt der Vorsitzende: Wir sind uns vollkommen bewußt, daß das enorme Anwachsen der Kosten des Staatshaushaltes schwere Steuerlasten erfordert wird, und zumvollen träumen wir sogar von einer der Bedeckung einer Teilquote der Staatsschuld dienenden Vermögenssteuer. Ja, ich glaube, daß sich die Großindustrie bereits mit der Notwendigkeit der Durchführung einer maßvoll zu bemessenden Vermögenssteuer vertraut gemacht hat. Auch geben wir zu, daß außer auf dem Gebiete des Steuerwesens noch andre Einnahmequellen für den Staat zu erschließen wären, wobei unseres Erachtens allerdings ein Fortschreiten der Verstaatlichung von Industriebetrieben oder die Einführung von Produktionsmonopolen gerade das Gegenteil des angestrebten Zweckes erzielen würde.

Uebrigens denken wir keineswegs allzu pessimistisch über die künftige Ertragsmöglichkeit der Besteuerung. Freilich kann kaum bestritten werden, daß — unter Voraussetzung von Durchschnittskonjunkturen — schon vor dem Kriege die Höhe der direkten und indirekten Steuern, insbesondere der Aktiensteuer, die für die Steigerungswahrscheinlichkeit der aus diesen Steuern zu erzielenden Einnahmen zulässige Maximalgrenze zumeist erreicht und häufig überschritten hat. Danach erachten wir eine Erhöhung des Steuerfußes bestehender Steuern im allgemeinen für unwirksam und sogar schädlich. Was uns als zweckdienlich vorschwebt, ist: Eine allgemeine und gleichmäßige Verbreiterung der Steuergrundlage auf alle Einkommensquellen und Erwerbsstände und die Durchbildung eines Steuersystems, dessen Aufbau in keiner Weise lähmend wirkt auf die Produktivität der Bevölkerung.

Im Interesse der Staatsfinanzen liegt es, die Steuerkraft der Steuerobjekte zu erhalten, sie nachhaltig zu stärken und gleichzeitig im Interesse unserer Baluta alle Vorbedingungen zu schaffen für die Intensivierung der Produktion. Jeder Zuwachs an industrieller Produktion, stetig und vielfältig neue Arbeit erzeugend, stärkt automatisch auch die Steuerkraft aller andern Berufsgruppen sowie umgekehrt das Gedeihen und die Steuerkraft der Industrie im hohen Grade abhängig ist von dem Wohlstande der Landwirtschaft, denn Industrie und Landwirtschaft sind gegenseitig ihre stärksten Konsumenten. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Produktion unserer Monarchie sind unendlich vielfältig und groß. Die Grundlagen hierfür sind vorhanden,

sowohl im heimatischen Boden als im Völke. Es handelt sich nur darum, den Aufbau zu fördern und nicht zu behindern.